



**Vernehmlassung zur
Totalrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Beiträge an die Aufwendungen
der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich
(Ausbildungsbeitragsgesetz, SR 416.0)**

F r a g e r a s t e r

Rücksendung bis **spätestens 14. Februar 2013** an vernehmlassung-stipendien@sbf.admin.ch

Mit der Verwendung dieser Vorlage für Ihre Stellungnahme erleichtern Sie uns die Auswertung.

Das Frageraster ist gegliedert in:

- Gesamtbeurteilung
- Revisionsgrundsätze
- Formelle Harmonisierung
- Bemerkungen zu einzelnen Gesetzesartikeln
- Sonstige Bemerkungen

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung!

Stellungnahme von:

Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH

1. Gesamtbeurteilung

Wie beurteilen Sie *insgesamt* den vorliegenden Entwurf zur Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes?

eher positiv eher negativ keine Meinung

Bemerkungen: vgl. beiliegendes Schreiben.....

2. Revisionsgrundsätze

2.1 Sind Sie der Ansicht, *Gegenstand und Geltungsbereich des Gesetzes* sollten mit der Totalrevision verändert werden?

Dass Gegenstand und Geltungsbereich des Gesetzes mit der Revision nicht verändert werden, wird so akzeptiert. Mittelfristig ist jedoch ein stärkeres finanzielles und nor

matives Engagement des Bundes bei Stipendien zur Förderung der tertiären Bildung und Ausbildung erforderlich.

- 2.2 Sind Sie der Ansicht, dass die *formellen Harmonisierungsbestimmungen des kantonalen Konkordats* ins Bundesgesetz aufgenommen werden sollen?

Ja, die Aufnahme der formellen Bestimmungen fördert die Verbindlichkeit der kantonalen Bestimmungen.

- 2.3 Befürworten Sie die Anpassung des Verteilmodells für die Bundessubvention im Bereich des Ausbildungsbeitragswesens, welches neu die effektiven Aufwendungen der Kantone honoriert?

Nein, denn es wird eine neue Ungerechtigkeit geschaffen. Einerseits wäre das Verteilmodell zwar eine Verbesserung, da Kantone, die viel Steuergelder verwenden, auch mehr Bundesgelder erhalten, andererseits bringt dies den Studierenden, die in weniger grosszügigen Kantonen leben, keine finanzielle Verbesserung.

3. Formelle Harmonisierung

- 3.1 Erachten Sie die Übernahme der *Alterslimite für Stipendien von 35 Jahren* ins Bundesgesetz als sinnvoll?

Nein, denn es ist auch Nachholbildung finanziell zu fördern. Textvorschlag: Die Kantone legen für den Bezug von Stipendien keine Alterslimite fest.

- 3.2 Erachten Sie die Bestimmungen bezüglich *freie Wahl von Studieneinrichtung und Studienort* als sinnvoll?

Ja, allerdings sollte Absatz 3 (finanzielle Einschränkung der freien Studienwahl) gestrichen werden. Studiengänge die ähnlich heissen, können sehr verschieden sein, z.B. Music Performance, ein Masterstudium, das in Bern, Basel, Zürich, Luzern u.a. angeboten wird.

- 3.3 Erachten Sie die Erwähnung der *Dauer für die Bezugsmöglichkeit* von Ausbildungsbeiträgen bei *Teilzeitstudien aus sozialen, familiären oder gesundheitlichen Gründen* als sinnvoll?

Ja, diese Ergänzung ist sehr wichtig.

- 3.4 Finden Sie die Präzisierung der *Empfängerinnen und Empfänger von Ausbildungsbeihilfen* hilfreich?

Ja.

- 3.5 Welche *weiteren formellen Harmonisierungsbestimmungen* sollten aus Ihrer Sicht ins Bundesgesetz aufgenommen werden?

Es wurden keine weiteren diskutiert.

4. Bemerkungen zu einzelnen Gesetzesartikeln

Art. 5, Absatz 2, ersetzen durch: Die Kantone legen für den Bezug von Stipendien keine Alterslimite fest. Begründung: Es ist auch Nachholbildung finanziell zu fördern.

Art. 10, Absatz 3, streichen (finanzielle Einschränkung der freien Studienwahl).

Art. 11, Absatz 2, folgenden Satz streichen: "bei der Berechnung der entsprechenden Beitragsdauer kann jedoch die erste Ausbildung in Abzug gebracht werden". Begründung: Ein einmaliger Studienwechsel muss ohne diese zusätzliche finanzielle Belastung möglich sein.

.....
.....
.....

5. Sonstige Bemerkungen

Hinweise, Kommentare, Präzisierungen, Anliegen und weitere Bemerkungen können untenstehend dargestellt werden.

Aus Sicht des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH bleiben die Vorschläge des Bundes zu unverbindlich. Der Bund müsste stärker koordinieren, eine einheitliche Umsetzung durch die Kantone fordern und an den Ausführungsbestimmungen festhalten. Zusätzlich zur Förderung der Harmonisierung sollte sich der Bund auch mit eigenen, weitergehenden Massnahmen für die Verstärkung des Stipendienwesens einsetzen. So müssten die finanziellen Anreize des Bundes weiter gehen als vorgeschlagen. Die Ausbildungsbeiträge von Bund und Kantonen haben in den vergangenen 20 Jahren trotz steigender Studierendenzahlen abgenommen!

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH bejaht das Subsidiaritätsprinzip, wonach die Leistungen von Bund und Kantonen die Leistungen des Einzelnen und seiner Familie ergänzen. Die Ausbildung muss für die Studierenden, ihre Familien, die Kantone und den Bund finanzierbar sein. Stipendien als soziale Abfederung müssen aber grosszügig bemessen sein, was nicht der Fall ist.

Nahezu alle Studierenden sind zu einem gewissen Teil berufstätig, da auch Maximalstipendien die Lebenskosten nur ergänzen. Stipendien sollten es jedoch ermöglichen, dass nicht zu viel Zeit für Erwerbstätigkeit aufgewendet werden muss. Gleichzeitig darf erwartet werden, dass Stipendien an den Studienerfolg gekoppelt sind.

Darlehen, die in Ergänzung zu Stipendien gewährt werden, dürfen nicht zu einer abschreckenden Belastung werden. Gerade gut ausgebildete junge Menschen müssen oft prekäre Arbeitsbedingungen akzeptieren (z.T. schlecht bezahlte Praktika, schlecht bezahlte, d.h. unter dem Existenzminimum liegende Ausbildungsstellen an öffentlichen Einrichtungen, Doktorandenstellen usw.). Des Weiteren beginnt die Tilgung der Darlehen zu einem Zeitpunkt, da allenfalls Familien gegründet werden. Eine grosszügige, auf lange Fristen angelegte Tilgungsregelung ist notwendig.

Die Bemessungsgrundlage für Familien, die Anspruch auf ein Maximalstipendium haben, sind höher anzusetzen als die SKOS-Richtlinien dies vorgeben. Wenn es wirklich darum geht, jungen Menschen vermehrt eine höhere Ausbildung zu ermöglichen, darf die Familie nicht an der Armutsgrenze leben müssen.

Ohne Erhöhung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel durch Bund und Kantone kann das Ziel, jungen begabten Menschen aus einkommensschwächeren Familien in grösserer Zahl eine Ausbildung auf Tertiärstufe zu ermöglichen, nicht erreicht werden.